



Suchergebnisse: Industrie

1660 – Hofmedicus Dr. Johann Joachim Becher wird Kaiserlicher Hofrat

Wien * Der ehemalige Hofmedicus Dr. Johann Joachim Becher wird Kaiserlicher Hofrat. Er ist der bedeutendste Kameralist des 17. Jahrhunderts. Er wettet schon seit Langem gegen die Einfuhr fremder Industrieerzeugnisse und meint, es wäre für ihn „sicherlich verdienstvoller, das Seidenwerk zu fördern, als wenn er etliche alte Weiber im Spital etwan $\frac{1}{4}$ Jahr eher dem Tod entnommen, noch als wan er etlichen Bauern aus dem Urin propheceyet hätte“. Dr. Becher wird als „unruhiger, immer mit Chimären, aber vielen Kenntnissen und guten Einfällen beschäftigter Kopf“ beschrieben.

1. Januar 1669 – Die Churbaierische Seidencompagnie nimmt ihre Tätigkeit auf

München * Die Churbaierische Seidencompagnie nimmt endlich ihre Tätigkeit auf. Der in Venedig geborene und dort lebende Holländer Lucca van Uffele wird zum Fabrikdirektor erkoren. Er besitzt wertvolle Beziehungen zur venezianischen Seidenindustrie und bekommt schon deshalb den Titel eines Directore Complimentario und Scriptuali Generali übertragen. In seinen umfangreichen Conditiones heißt es unter anderem: „Van Uffele ist schuldig, der Seidencompagnie alle nötige Seide von auswärts zu bestellen und auf sein Risiko nach München liefern zu lassen“. Darüber hinaus wird er verpflichtet, „so oft eine gefertigte Quantität vorhanden ist, sie gegen Bargeld zu verschleißen“. Liegt der Gewinn unter acht Prozent, hat van Uffele den Schaden zu tragen. Überhaupt ist der Venezianer verpflichtet worden, die Einlagen pro Jahr mit fünf Prozent zu verzinsen. Außerdem soll er die maestranzen [= Meister] aus Italien holen und „eine Anzahl von 2.000 Personen hierländische Arbeitsleuth unterrichten lassen“.

1798 – Die erste große Industrieausstellung findet in Paris statt

Paris * Die erste große Industrieausstellung findet in Paris statt. Bewusst stellt man einen Bezug zur Französischen Revolution von 1789 her und will die engen Zusammenhänge zwischen der politisch-gesellschaftlichen und technisch-wirtschaftlichen Revolution darstellen und zeigen, zu welchen Leistungen der „befreite menschliche Erfindungsgeist“ fähig sei.

10. November 1800 – Die Amberger Verordnung beendet Baierns ausschließliche Katholizität



Amberg * In der Amberger Verordnung schreibt Kurfürst Max IV. Joseph, dass die Meinung, wonach die katholische Religionszugehörigkeit eine wesentliche Bedingung der Ansässigmachung in Baiern sei, sich als nachteilig für die Industrie und Kultur im Land erwiesen habe und sich diese weder aus der Reichs- noch in der Landesverfassung begründen lasse. Allerdings veröffentlicht er die Verordnung nicht in der üblichen Art, sodass der Magistrat der Haupt- und Residenzstadt dem Pfälzer Weinwirt Johann Balthasar Michel aus Mannheim das Münchner Bürgerrecht verweigert und so die Übernahme der Weingastwirtsgerechtsame der Eheleute Rasp verhindert.

1805 – Eine Armen- und Spinnschule wird eingerichtet

München-Angerviertel * Auf Veranlassung des General-Schul- und Studiendirektors wird im Münchner Beschäftigungshaus am Anger eine Armen- und Spinnschule eingerichtet. Anlass hierfür ist die Befürchtung der Schulbehörden, „dass die Sittenlosigkeit der im Beschäftigungshause auf dem Anger arbeitenden Kinder sehr zunehme, und dass die Hauptquelle davon die Gesellschaft schlechter Weibspersonen sei, an derer Seite die ersteren arbeiten müssen“. Die Schule richtet sich an Kinder armer Familien, deren Eltern von der Stadt München unterstützt werden. Für diese Kinder ist die Teilnahme am Elementar- und Industrieunterricht verpflichtend. Die Einrichtung soll auf ihre besonderen sozialen und wirtschaftlichen Lebensumstände eingehen und ihnen Bildung sowie praktische Fertigkeiten vermitteln. Verweigern die Eltern den Schulbesuch ihrer Kinder, kann ihnen die städtische Unterstützung entzogen werden. Kinder aus wohlhabenden Familien sind von diesem Unterricht ausdrücklich ausgeschlossen. Zum Lehrplan gehören die Fächer Lesen, Schreiben, Rechnen und Religion. Ergänzt wird der Unterricht durch praktische Ausbildung in handwerklichen Tätigkeiten wie Spinnen, Nähen und Stricken. Die Schule verbindet damit schulische Bildung mit dem Ziel, die Kinder auf ein arbeitsames und selbstständiges Leben vorzubereiten.

1808 – Fleiß, Lernbereitschaft und den „Industriegeist“ fördern

München-Angerviertel * Bis zum Jahr 1808 erhalten Knaben und Mädchen in der Armen- und Spinnschule des Münchner Beschäftigungshauses am Anger denselben Industrieunterricht. Um Fleiß, Lernbereitschaft und den sogenannten „Industriegeist“ zu fördern, werden die Kinder regelmäßig mit kleinen Geschenken und Prämien belohnt. Die Mittel hierfür stammen aus dem Münchner Armenfonds. Praktische Beschäftigung finden die Schülerinnen und Schüler in den Flachs-, Werg- und Hanfabteilungen des Beschäftigungshauses. Ab 1808 kommt zudem die Kartätschenmacherei hinzu, also die Herstellung von Kartätschen – einer damals gebräuchlichen



Art von Artilleriemunition, die mit zahlreichen kleinen Metallkugeln gefüllt war. Die Verbindung von schulischer Bildung und produktiver Arbeit entspricht dem damaligen pädagogischen Leitbild, durch Arbeitserziehung sowohl die wirtschaftliche Selbstständigkeit als auch die sittliche Entwicklung der Kinder zu fördern.

1812 – Kinder mit „feinem Gefühl in den Fingern“ in der Strohhutmacherei

München-Angerviertel * Zum Industrieunterricht in der Armen- und Spinnschule des Münchner Beschäftigungshauses am Anger kommt noch eine Strohhutmacherei dazu. Kinder mit „feinem Gefühl in den Fingern“ werden hier besonders gerne beschäftigt. Die Bedingungen, unter denen die Kinder in die industrielle Produktion einbezogen werden, sind katastrophal.

Oktober 1817 – Der Beginn der späteren Landmaschinen-Ausstellungen

München-Angerviertel - München-Theresienwiese * Der Polytechnische Verein stellt Produkte der „vaterländischen Industrie durch alle Klassen der Fabrikation“ aus. Diese Schau ist der Beginn der späteren Landmaschinen-Ausstellungen. Die Objekte werden aber nicht auf der Theresienwiese, sondern in der Münchner Rosengasse ausgestellt.

1822 – Ein aussichtsloser Kampf gegen die Mayer'sche Lederfabrik

Untergiesing * Die bürgerliche Schuhmacherzunft Münchens und der Vorstadt Au entschließt sich, nachdem sie jahrelang dem Geschehen in der Mayer'schen Lederfabrik tatenlos und voller Neid zugesehen hat, zu einem Protest bei „allerhöchster Stelle“ - vermutlich dem Königlichen Ministerium des Inneren - gegen die „gewissenlosen Gewerbebeeinträchtigungen, welche wir von den hiesig- und umliegenden Lederfabrikanten und Israeliten durch die widerrechtliche Anmaßung der Selbstfabrikation ihrer in Accord übernommenen Militärlieferungen viele Jahre hindurch sehr empfindlich zu erdulden hatten“. In der Folge fordert die Behörde den Lederfabrikanten auf, künftige Militäraufträge bei den ansässigen Schuhmachermeistern fertigen zu lassen. Doch die Freude der Schuster über ihren Sieg gegenüber dem Lederfabrikanten dauert nur kurz. Dem geschäftstüchtigen Fabrikbesitzer Ignaz Mayer gelingt es nämlich, den Schwabinger Schumacher Hanrieder davon zu überzeugen, dass er seine Werkstatt mit „Sack und Pack“ sowie mit der Genehmigung der zuständigen Behörden in die Untergiesinger Lederfabrik verlegt. Der Schuhmacher erhält dafür „eine wöchentliche Entschädigung [...], und [kann] sonach genüßlich sein Leben in Wohltätigkeit durchbringen“. Ignaz Mayer aber kann über



den Trick der ausgeliehenen Hanriederischen Konzession - sehr zur Empörung der bürgerlichen Schuhmacherzunft Münchens und der Vorstadt Au - seine Militärlieferungen auch künftig weiter in eigener Regie herstellen lassen. Der Schuhmacherzunft bleibt nur mehr das Beschreiten des Protestwegs. Ihr Protest gegen die „unerlaubte Transferierung einer Gewerbekonzession von einer Vorstadt in die andere“ findet beim Königlichen Landgericht zunächst positives Gehör. Doch die Regierung des Isarkreises hebt das Verbot umgehend wieder auf. Eine königliche Anweisung zieht schließlich einen Schlusstrich unter die Affäre - und zwar zugunsten der industriellen Produktion in der Lederfabrik. Es war das Königliche Handelsministerium, das sich in den Vorgang um die umstrittene Konzession einmischte und die Entscheidung zugunsten des Hoflieferanten beeinflusste. Wenn schon nicht das Einzelmitglied, so hätte doch die Schuhmacherzunft den Einfluss ihres Kontrahenten und damit die Aussichtslosigkeit ihres Unterfangens erkennen müssen. Immerhin ist Ignaz Mayer nicht nur der Schwiegersohn des dem bayerischen Königs als millionenschweren Kreditgebers unentbehrlich gewordenen Leonhard von Eichthal, sondern seit dem Jahr 1809 auch der Schwiegervater von Simon Freiherr von Eichthal, der bei der Gründung der Bayerischen Hypotheken- und Wechselbank eine zentrale Rolle spielte.

Der Hofbankier organisiert nicht nur die neue Kreditbank, sondern stellte auch dem späteren König Ludwig I. Mittel für seine Kunsteinkäufe zur Verfügung.

1827 – Seidenzucht und Seidenspinnerei als neuer Industriezweig in Bayern

Königreich Bayern * Die Seidenzucht und Seidenspinnerei lässt sich als neuer Industriezweig in Bayern nachweisen. Das dafür notwendige Fachwissen wird unter anderem durch Lehrbücher verbreitet, die auf dem Zentral-Landwirtschaftsfest erworben und gewonnen werden können.

1827 – Ein neues Futtermittel für Seidenraupen

Berg am Laim * In den Jahren von 1827 bis 1829 benutzt der Botaniker Alois Sterler in der ehemaligen Unterkunft des Franziskaner-Hospiz neben der Berg am Laimer Michaelskirche einige Räume für seine „geheimnisumwitterten Experimente“. Er soll ein neues Futtermittel für Seidenraupen entwickeln. Von den 300 Gulden, die er vom Fonds für Industrie als Unterstützung erhält, musste er jährlich 60 Gulden Miete an die Michael-Hofbruderschaft abführen.

1828 – Militärisch Untaugliche wegen der Kinderarbeit

Berlin * Der preußische König Friedrich Wilhelm III. beauftragt seinen Innen- und seinen



Kultusminister mit der Ausarbeitung eines Gesetzentwurfs zum Schutz von Fabrikkindern. Im Vordergrund steht dabei jedoch weniger das Wohl der Kinder als vielmehr die Sorge um die militärische Leistungsfähigkeit des Staates. Die Regierung stellt fest, dass in den Industriegebieten immer weniger junge Männer den Anforderungen des Militärdienstes genügen. Nach zeitgenössischer Auffassung haben insbesondere Fabrikarbeit sowie Nacht- und Schichtarbeit im Kindesalter dazu beigetragen, dass viele Rekruten körperlich geschwächt oder gesundheitlich beeinträchtigt sind. Sowohl in Preußen als auch in England liegt der Anteil der für den Militärdienst Untauglichen in den industrialisierten Regionen deutlich höher als in den ländlichen Gebieten. Diese Entwicklung ist jedoch nicht allein auf die belastenden Arbeitsbedingungen in den Fabriken zurückzuführen. Ebenso spielen die oftmals schlechten Wohnverhältnisse, unzureichende Ernährung und die allgemeine soziale Not vieler Arbeiterfamilien eine wichtige Rolle. Die Ausarbeitung des Gesetzentwurfs zieht sich über mehrere Jahre hin. Für die betroffenen Kinder bringt dies zunächst keine spürbare Verbesserung ihrer Lebens- und Arbeitsbedingungen.

1830 – Der Begriff „Industrielle Revolution“ wird erstmals verwendet

München * Der Begriff „Industrielle Revolution“ wird erstmals verwendet.

1832 – Gründung der Armen-Industrie-Schule durch Pfarrer Hermann Rabl

Vorstadt Au * In den Jahren 1832/33 gründet der Auer Stadtpfarrer Hermann Rabl eine Armen-Industrie-Schule. Ihr Ziel ist die Erziehung benachteiligter Kinder zu „aufrichtig frommen und wahrhaft tugendhaften Christen“ sowie zu rechtschaffenen, arbeitsamen und verantwortungsbewussten Mitgliedern der Gesellschaft. Aus der „Armenkinderwelt“ soll, nach den Vorstellungen der Zeit, ein tüchtiges und sittlich gefestigtes Geschlecht für Staat und Gesellschaft heranwachsen. Die Schule versteht sich nicht nur als Bildungseinrichtung, sondern auch als sozialpädagogisches Projekt. In der Armen-Industrie-Schule, in der die Kinder unter ständiger Aufsicht stehen und praktische Fertigkeiten erlernen, soll der Armut nicht länger allein durch Almosen begegnet werden. Stattdessen setzt man auf das Prinzip der Hilfe zur Selbsthilfe. Durch die Erziehung zur Arbeit sollen die Kinder Fähigkeiten erwerben, die ihnen eine eigenständige Lebensführung ermöglichen und sie zugleich von Bettelei und Verwahrlosung fernhalten. Der Gründung liegt die Überzeugung zugrunde, dass regelmäßige Arbeit und praktische Ausbildung einen positiven Einfluss auf die Charakterbildung ausüben und dadurch auch die gesellschaftlichen Verhältnisse verbessert werden können. Vor diesem Hintergrund gilt die Armen-Industrie-Schule vielen Zeitgenossen als wirksames Mittel zur Bekämpfung sozialer



Misstände und insbesondere der Armut. Die Armen-Industrie-Schule wird damit zu einem „Allheilmittel gegen alle gesellschaftlichen Widersprüche und Schäden, einschließlich der Armut“.

1833 – Die Suppenschule in der Auer Armen-Industrie-Schule

Vorstadt Au * Zur Auer Armen-Industrie-Schule gehört eine Suppenschule, die 235 Kinder zwischen fünf und fünfzehn Jahren betreut. Bereits im zweiten Jahr ihres Bestehens gibt die Einrichtung 52.633 Suppenportionen aus und leistet damit einen wichtigen Beitrag zur Versorgung bedürftiger Kinder. Die Mahlzeiten werden täglich um zwölf Uhr im gemeinsamen Speisesaal ausgegeben. Durch das Essen an einer gemeinsamen Tafel verfolgt die Schule neben der Versorgung der Kinder auch erzieherische Ziele. Nach den Vorstellungen der Zeit sollen dabei Reinlichkeit, Disziplin und ein angemessenes Verhalten bei Tisch gefördert werden.

1835 – Die Schulpflicht kollidiert mit der Industriearbeit

Königreich Bayern * Mit fortschreitender Industrialisierung führt die im Jahr 1802 eingeführte allgemeine Schulpflicht zu einer Kollision von Schule und Fabrik, von Unterricht und Arbeit schulpflichtiger Kinder.

1836 – Peter Paul Ritter von Maffei hinterlässt ein Vermögen von 2,7 Millionen fl.

München * Bei seinem Tod hinterlässt Peter Paul Ritter von Maffei seinem Sohn ein Vermögen von 2,7 Millionen Gulden. Joseph Anton von Maffei steht als Unternehmerpersönlichkeit seinem Vater in nichts nach und wird als eine „der bedeutendsten Industriepioniere Bayerns im 19. Jahrhundert“ beschrieben.

1837 – Ein eigenes Gebäude für die Armen-Industrie-Schule in der Au

Vorstadt Au * Der Magistrat der Vorstadt Au lässt am Mariahilfplatz 8 ein eigenes Gebäude für die Armen-Industrie-Schule errichten. Neben der Verpflegung in der Suppenschule erhalten besonders bedürftige Kinder auch Kleidung und andere notwendige Unterstützung. Im Mittelpunkt der Einrichtung steht jedoch nicht die materielle Versorgung, sondern die Erziehung zur Arbeit. Nach dem Unterricht am Nachmittag bleiben die Kinder in der Schule und gehen dort verschiedenen nützlichen Beschäftigungen nach. Erst am Abend kehren sie in ihre Familien



zurück. Nach dem pädagogischen Verständnis der Zeit sollen sie auf diese Weise zu Fleiß, Disziplin und einem geregelten Tagesablauf erzogen sowie von Verwahrlosung und schädlichen Einflüssen ferngehalten werden.

1840 – Pfarrer Rabl erwirbt für die Armen-Industrie-Schule ein Grundstück

Vorstadt Au * Der Auer Stadtpfarrer Hermann Rabl kann durch Spenden ein Grundstück an der Hochstraße 11 erwerben. Dort richtet er eine Obstbaumschule ein, in der die Knaben und Mädchen der Armen-Industrie-Schule praktische Kenntnisse in der Obstbaumzucht, im Gartenbau und in landwirtschaftlichen Tätigkeiten erwerben. Die Einrichtung verbindet Bildung mit praktischer Arbeit. Ziel ist es, Kindern aus wirtschaftlich benachteiligten Familien nicht nur eine sinnvolle Beschäftigung zu bieten, sondern ihnen zugleich Fähigkeiten und Kenntnisse zu vermitteln, die ihre späteren Lebens- und Erwerbschancen verbessern sollen. Damit folgt die Obstbaumschule dem Grundgedanken der Armen-Industrie-Schule, Armut durch Bildung, Arbeit und Hilfe zur Selbsthilfe zu begegnen.

1845 – Friedrich Engels: „Über die Lage der arbeitenden Klasse in England“

England * Friedrich Engels veröffentlicht sein Werk „Über die Lage der arbeitenden Klasse in England“, das ihn auch in Deutschland populär macht. Darin schreibt er: „Die Teilung der Arbeit, die Benutzung der Wasser- und besonders der Dampfkraft und der Mechanismus der Maschinerie - das sind die drei großen Hebel, mit denen die Industrie seit der Mitte des vorigen Jahrhunderts daran arbeitete, die Welt aus ihren Fugen zu heben. [...] Denn wie die neue Industrie erst dadurch bedeutend wurde, dass sie die Werkzeuge in Maschinen, die Werkstätten in Fabriken - und dadurch die arbeitende Mittelklasse in arbeitendes Proletariat, die bisherigen Großhändler in Fabrikanten verwandelte; wie also schon hier die kleine Mittelklasse verdrängt und die Bevölkerung auf den Gegensatz von Arbeitern und Kapitalisten reduziert wurde, so geschah dasselbe, außer auf dem Gebiet der Industrie im engeren Sinne, in den Handwerken und selbst im Handel. [...] Die wichtigste Frucht aber dieser industriellen Umwälzung ist das englische Proletariat.“

1. Oktober 1849 – Der Centralbahnhof kann der Öffentlichkeit übergeben werden

München-Ludwigsvorstadt * Nach einer Bauzeit von 26 Monaten kann Friedrich Bürkleins Centralbahnhof der Öffentlichkeit übergeben werden. Der Architekt Friedrich Bürklein hat ein



Zweckgebäude im sogenannten Rundbogenstil konzipiert, das Elemente der Romanik und der italienischen Renaissance verbindet. Das der Stadt zugewandte Empfangsgebäude erinnert mit seiner Fensterrosette und der vorgelagerten Arkadenhalle fast an die Bonifazkirche. Die den Mittelbau flankierenden, zweigeschossigen Seitenbauten dienen dem Billettverkauf, der Post und als Wohnungen für Beamte. Die Einsteighalle gilt als erstes großes Bauwerk der technisch-industriellen Ära in München, deren Kühnheit und Originalität weithin gerühmt wird. Halbrundförmig, rund 110 Meter lang, 29 Meter breit und bis zu 20 Meter hoch, überspannte sie fünf Gleise. Doch es ist noch eine hölzerne Konstruktion, die kurz vor der dann aus Eisen erbauten Schrannehalle ausgeführt worden ist. Eine Fußbodenheizung erwärmt die Warte- und Restaurationsräume auf 17,5 bis 20 Grad Celsius.

1850 – Ein Programm zur Hebung des bayerischen Nationalgefühls

München-Haidhausen * Als das Maximilianeum-Projekt konkrete Formen annimmt, will König Max II., den von ihm erkannten Gefahren entgegenwirken, die die Eigenständigkeit Bayerns und seine Monarchie bedrohen. Da sind - nach der kaum überwundenen Revolution des Jahres 1848 - die immer stärker werdenden demokratischen Umtriebe, die unaufhaltsame industrielle Revolution von Eisenbahn, Telegraph und Dampfmaschine, die nach immer größeren Wirtschaftsräumen und damit größeren Staatseinheiten verlangt und der die Kleinstaaterei des Deutschen Bundes viel zu eng geworden ist, und da ist schließlich Preußen, das im Namen der deutschen Einheit auf Machterweiterung hinarbeitet und in diesem Zusammenhang auch ein Auge auf das Königreich Bayern wirft. König Max II. will diese Gefahren durch ein Programm zur Hebung des bayerischen Nationalgefühls bekämpfen.

15. November 1850 – Der Verein zur Ausbildung der Gewerke wird gegründet

München-Kreuzviertel * Der Verein zur Ausbildung der Gewerke wird gegründet. August von Voit übernimmt den Vorsitz und erklärt in seiner Rede, dass es zur Verpflichtung des Vereins gehört, die „deutsche Kunst wieder vollständig frei zu machen von Nachahmung“, worunter er die „schädliche Orientierung an der Kunstindustrie Frankreichs“ versteht. Statt dessen wollen die Vereinsmitglieder „auf die reichen, schönen, lebendigen, entwicklungsfähigen Formen des romanischen und germanischen Styles in Deutschland“ zurückgreifen, um so „am größten und schwierigsten Bau der Gegenwart, an der Einheit des Vaterlandes“ mitzuwirken.

1854 – Die Giesinger Lederfabrik spezialisiert sich auf feines, lackiertes Leder



München-Untergiesing * Die Untergiesinger Lederfabrik spezialisiert sich auf feines, lackiertes Leder, das für die Innenausstattung von Kutschen, später von Automobilen und für die Schuh- und Bekleidungsindustrie benötigt wird. Die Giesinger Lederfabrik produziert nicht nur für den deutschen Markt, sondern exportiert ihre auf verschiedenen Weltausstellungen prämierten Produkte in fast alle Länder der Welt. Zumindestens dort hin, wo es die Zollbestimmungen ermöglichen.

15. Juli 1854 – Im Glaspalast wird die Industrie-Ausstellung von König Max II. eröffnet

München-Maxvorstadt * Die im Glaspalast stattfindende Industrie-Ausstellung wird von König Max II. feierlich eröffnet. Nur wenige Tage später bricht die Cholera aus. Bei der Eröffnungsrede bricht ein Billeteur tot zusammen. Man glaubt an einen Schlaganfall, doch vermutlich handelt es sich um das erste Opfer der Cholera.

September 1854 – Wegen der Cholera wird das Oktoberfest abgesagt

München-Theresienwiese - München-Au - München-Maxvorstadt * Wegen der grassierenden Cholera sagt die Regierung das Oktoberfest ab, was zu zahllosen Klagen der Geschäftsleute führt. Als auch noch die Auer Herbstdult storniert werden soll, bitten die Geschäftsleute, „dem ohnedieß diesem Sommer schwerheimgesuchten Gewerbestand“ nicht auch noch dieses „Bißchen Brot“ zu entziehen. Weder zur Auer Herbstdult noch zu der seit 15. Juli stattfindenden Industrie-Ausstellung im Glaspalast finden sich viele Interessenten ein.

1. Oktober 1854 – Der Münchner Glaspalast wird eröffnet

München-Maxvorstadt * Der Münchner Glaspalast wird mit der Allgemeinen Ausstellung deutscher Industrie- und Gewerbeerzeugnisse eröffnet.

November 1854 – Die Armen-Industrie-Schule wird aufgelöst

München-Au * Mit der Eingemeindung der Au nach München wird die Armen-Industrie-Schule aufgelöst. In dem frei gewordenen Gebäude an der Gebtsattelstraße wird später eine Knabenschule untergebracht.



Oktober 1866 – Das Haidhauser Komitee ist für einen Bahnhof in Haidhausen

München-Haidhausen - München-Giesing - München-Au * Nachdem Einzelheiten über den Streckenverlauf und den Bahnstandsstandort der Eisenbahnstrecke nach Braunau am Inn durchgesichert sind, gründen sechs Haidhauser Unternehmer und Geschäftsleute ein Komitee. Nach den Planungen der Eisenbahn-Generaldirektion soll der künftige Ostbahnhof an der heutigen Regerstraße, auf damals Giesinger Gebiet, entstehen. Dieser Standort gilt als ideal, da er von den Zentren der drei Stadtviertel Au, Giesing und Haidhausen nahezu gleich weit entfernt ist und einer möglichen Erweiterung des Bahnhofs sowie der Ansiedelung von Industrie- und Gewerbebetrieben nichts im Wege steht. Das Haidhauser Komitee spricht sich gegen den Bahnstandsstandort in Giesing und für einen solchen in Haidhausen - nahe dem heutigen Rosenheimer Platz - aus. Der Vorsitzende des Haidhauser Komitees ist der Besitzer der Franziskaner-Leistbrauerei, Joseph Sedlmayr. Nach Auffassung der Haidhauser Unternehmer spricht für den Standort Haidhausen, dass der Hauptpersonen- und Hauptgüterverkehr schon immer über diesen Ort lief und demzufolge alle verkehrstechnischen Infrastruktureinrichtungen vorhanden sind. Die „gefährliche Verkehrsanbindung“ über den steilen und nicht regulierten Giesinger Berg und dem gleich abschüssigen Nockherberg sprechen gegen Giesing. Hinzu kommen die fehlenden Brückenverbindungen für die Pferdefuhrwerke. Der Münchner Magistrat und das Kollegium der Gemeindebevollmächtigten schließen sich umgehend den Forderungen der Haidhauser an. Doch das für den Eisenbahnbau in Bayern zuständige Handelsministerium steht den Vorschlägen völlig konträr gegenüber, da nach seiner Auffassung der zweite Bahnhof höchstens ein kleiner Nebenbahnhof werden soll, an dem nur wenige Züge halten.

Februar 1867 – Noch eine Interessengemeinschaft zur Ostbahnhof-Standortfrage

München-Au - München-Giesing - München-Haidhausen * Noch eine Interessengemeinschaft zur Standortfrage des Ostbahnhofs tritt auf. Ihr gehören Handels- und Gewerbetreibende aus der Au, Giesing, Haidhausen und südlicher Stadtteile an. Sie wollen einen Südbahnhof in Untergiesing, südlich des im Jahr 1847 als Männerfreibad eröffneten Schyrenbades installiert sehen. Der Bahnhof soll die Anlage eines ausgedehnten Industrieviertels in den Isarauen ermöglichen. Ein Vorschlag, der heute möglicherweise Erstaunen hervorruft. Aber am Auer Mühlbach war von Hellabrunn bis hinauf zur Bäckerkunstmühle sogar ein Gebiet für schwerindustrielle Güter im Entstehen. Mit den genannten Vorschlägen liegen vier Standorte für einen Bahnhof und zwei alternative Streckenführungen zur Auswahl: eine innere, unmittelbar am Haidhauser Zentrum, und eine äußere, am östlicher gelegenen Kuisl-Anwesen vorbeiführende Linie.



10. Mai 1871 – Die Gründerzeit bringt eine große wirtschaftliche Euphorie

Deutsches Reich * Nach der Gründung des Deutschen Kaiserreich herrscht in Deutschland eine große wirtschaftliche Euphorie. Diese Phase wird als „Gründerzeit“ bezeichnet. Der sogenannte „Gründerboom“ dauert von 1871 bis 1873. Deutschland hat nach dem Sieg im Deutsch-Französischer Krieg von Frankreich 5 Milliarden Francs Reparationszahlungen erhalten. Viele Menschen investieren in Aktien. Hunderte neue Banken, Eisenbahngesellschaften und Industrieunternehmen werden gegründet. Die Aktienkurse steigen oft weit stärker als die tatsächlichen Unternehmensgewinne.

1. Juni 1871 – Die Ruhe und der Beschaulichkeit in Untergiesing ist dahin

München - Braunau - Linz - Wien * Die über Mühldorf nach Simbach/Braunau am Inn führende Hauptverkehrsstrecke der Eisenbahn wird eröffnet. Sie führt weiter über Linz nach Wien. Spätestens ab jetzt ist es mit der Ruhe und der Beschaulichkeit in Untergiesing vorbei. Während die neue Streckenführung für den Güter- und Personenverkehr einen erheblichen Zeitgewinn bedeutet und reiche Spekulanten noch reicher macht, ist die Bahnlinie für Untergiesing mit erheblichen Nachteilen verbunden und bringt für die ansässigen Bewohner neben einer Lärmbelästigung noch zusätzlichen Gestank und einen sieben Meter hohen, die ganze Ortsflur durchtrennenden Bahndamm. Der gewünschte Bahnhof, verbunden mit der Möglichkeit der Ansiedelung von Industrieanlagen, bleibt den Untergiesingern ebenfalls versagt. War zu Beginn noch von einer Station mit Güterhalle die Rede, so verwarf die Generaldirektion auch diese Pläne, da Bodenuntersuchungen die Untergiesinger Isarauen als denkbar ungünstiges Areal für einen Bahnhof bezeichneten. Das bedeutet für die Stadt München, dass sie nach einem neuen Standort für den Städtischen Schlacht- und Viehhof suchen muss, der ursprünglich zwischen Schyrenbad und Stadtgartendirektion geplant war.

1. Oktober 1871 – Die Bewohner von Elsaß und Lothringen können das Land verlassen

Elsass - Lothringen * Die Bewohner der Provinzen Elsaß und Lothringen können bis zum 1. Oktober das Land um den Preis des Heimatverlustes verlassen. Das Angebot nehmen vorwiegend Staatsbedienstete, junge Leute und Industrielle an.

Februar 1874 – Die Kgl. Polizeibehörde lehnt die Pferdestraßenbahn ab



München * Es dauert über ein Jahr, bis sich die Kgl. Polizeidirektion als genehmigende Aufsichtsbehörde zum Aufbau einer schienengebundenen Pferdestraßenbahn äußert. Sie lehnt die Pferdeeisenbahnlinie aus verkehrstechnischen Gründen ab, da sich in der Innenstadt „eine große Zahl von Industriellen niedergelassen habe, denen Tag für Tag große Quantitäten Waren auf umfangreichen Transportmitteln zugeführt werden, da ferner die Straßenkörper noch zu speziellen Verrichtungen, wie Holzmachen, Entleerung von Abortgruben, Beladen von Möbelwagen, ununterbrochen in Anspruch genommen werden müssen“.

26. März 1876 – Ein Vorvertrag für die Pferdestraßenbahn wird geschlossen

München - Brüssel * Bürgermeister Alois von Erhardt schließt mit dem aus Brüssel stammenden Industriellen Edouard Otlet - vorbehaltlich der Genehmigung durch die beiden Ratskollegien - einen Vorvertrag ab. Dieser sieht eine Konzession auf dreißig Jahre vor. Edouard Otlet, der bereits zuvor in Prag und Wiesbaden erfolgreich Pferdebahnen aufgebaut hat, verpflichtet sich, auch in München ein weit gespanntes Linienkreuz zu errichten. Die West-Ost-Achse soll vom Nymphenburger Schlosspark über Neuhausen zum Stachus führen und sich dort verzweigen. Ein Nebenast soll über den Lenbachplatz zum Promenadeplatz und den dort gelegenen Hotels und Geschäften führen. Der Hauptast soll - die Altstadt umfahrend - über die Sonnenstraße den Sendlinger-Tor-Platz erreichen und von dort über den Gärtnerplatz zur Isarbrücke, weiter durch die Rosenheimer- und Weißenburger Straße und am damals noch Haidhauser Bahnhof genannten Ostbahnhof enden. Der Verlauf der Nord-Süd-Linie beginnt am Großen Wirt in Schwabing und führt weiter über die heutige Leopoldstraße zum Odeonsplatz, von dort über die Brienner Straße zum Stachus, weiter zum Bahnhofsplatz und endet am Fuße der Theresienhöhe. Mit dieser Linienführung können die engen Altstadtstraßen geschickt umfahren werden. Außerdem soll die Pferdetram in einem zehnminütigen Abstand verkehren und Otlets Gesellschaft - für die Benutzung des städtischen Straßengrundes ein Prozent der Bruttoeinnahmen an die Stadtgemeinde abführen.

23. Juni 1876 – Der endgültige Vertrag zum Betrieb einer Pferdetrambahn

München * Die Stadt und Edouard Otlet unterzeichnen den endgültigen Vertrag zum Betrieb einer Pferdetrambahn.

25. August 1876 – Die Wittelsbacherbrücke wird der Öffentlichkeit übergeben



München-Ludwigsvorstadt - München-Au * Am 31. Geburtstag König Ludwigs II. wird die Wittelsbacherbrücke der Öffentlichkeit übergeben. Die eiserne Brücke stammt von der Münchner Tochtergesellschaft der Cramer-Klett'schen Eisenwerke Nürnberg, der Süddeutschen Brückenbaugesellschaft. Einen besonderen Aufwand betreibt man mit den zwei Brückenportalen, die reich ausgestattet waren. Den bisherigen Holzsteg reißt man kurz vor Fertigstellung der Brücke ab. Zweifellos ist eine leistungsfähige Brücke für Untergiesing überlebensnotwendig, da hier bisher nur sehr wenig funktioniert hat: kein Bahnhof, kein Schlachthof, dafür aber der städtebaulich stark behindernde Bahndamm. Eine Brücke ist Untergiesings letzte Chance, denn nur durch sie ist mit einer großflächigen Ansiedlung von Industriebetrieben und Unternehmen zu rechnen, nur durch sie entstehen neue Impulse für die Entwicklung des Stadtviertels, nur durch den neuen Isarübergang kann der Wohlstand der Bewohner gefördert werden und nur durch ihn kann bei der Vorstadt-Bevölkerung „Bildung und bürgerlicher Freisinn“ zunehmen.

21. Oktober 1876 – Münchens erste schienengebundene Pferdetrambahnlinie wird eröffnet

München * Münchens erste schienengebundene Pferdetrambahnlinie kann eröffnet werden. Schon am ersten Tag wird die Münchner Tramway Ed. Otlet von 5.092 Fahrgäste genutzt. Das sind weit mehr Straßenbahnbenutzer, als die Betreiberfirma zuvor erwartet hat. Damit beginnt der Siegeszug der Straßenbahn.

22. Oktober 1876 – Das neue Verkehrsmittel wird positiv angenommen

München * „Auf dem Promenadeplatz hatte sich eine speziell geladene Gesellschaft eingefunden. Es rollten sieben mit sehr hübschen, mutigen Pferden bespannte elegante Waggonen heran. Signalpfeifen der sechs in blauer Uniform gekleideten Kondukteurs ertönten und die Fahrt begann. In ca. 20 Minuten hatte der Zug sein Ziel, die Endstation Burgfrieden an der Nymphenburgerstraße, erreicht“, heißt es im Bericht der „Münchner Neuesten Nachrichten“. Trotz anfänglicher Probleme wird das neue Verkehrsmittel von den Münchner äußerst positiv angenommen. Edouard Otlets Unternehmen schafft für München 49 „geschlossene Waggonen mit zwei offenen Plattformen an jeder Seite“ an. Gebremst wird das Gefährt vom Wagenführer per Fuß mit einer einfachen Hebelbremse. Als jedoch bei einer Probefahrt ein Wagen auf dem abschüssigen Rosenheimer Berg beim Gasteig nicht zum Stehen kommt, sondern einfach weiter rutscht, wird die Fertigungsfirma zum Einbau einer Spindelbremse verpflichtet. Die weiß-blau gestrichenen Trambahnwagen sind mit bequem gepolsterten Sitzen ausgestattet. Für Kinder ist in den Waggonen eigens eine Messlatte angebracht, da sie bei einer Körpergröße unter einem



Meter - in Begleitung eines Erwachsenen - kostenlos mitfahren können. Haltestellen gibt es zwar, aber jeder steigt ein und aus, wo es ihm passt. Eine Münchner Zeitung berichtet: „Ein weiterer Übelstand ist das leider viel zu wenig kontrollierte Absteigen. Es wird vielen Mitfahrenden geradezu angst und bange, wenn jemand Anstalten zum Absteigen macht. Ohne große Ausnahme geschieht dies immer in entgegengesetzter Fahrtrichtung, und ... bums, da liegen sie im Kot.“

25. Februar 1878 – Die Münchner Pferdetrambahn geht faktisch in neue Hände über

München * Der belgische Unternehmer Edouard Otlet, vertraglich alleiniger Besitzer der Münchner Pferdebahn, gründet die „Société Anonyme des Tramways de Munich“ mit Sitz in Brüssel und einer Vertretung in München. Damit geht die Münchner Pferdetrambahn faktisch in neue Hände über. Die Münchner Stadtväter vermuten, dass Otlet lediglich als Strohmann einer französischen Investorengruppe fungiert. Tatsächlich handelt es sich bei der Gesellschaft um eine Aktiengesellschaft mit einem Betriebskapital von fünf Millionen Franc, finanziert durch eine französische Kommanditgesellschaft. In der Münchner Stadtverwaltung stößt dieses Vorgehen auf deutliche Kritik – auch deshalb, weil die von Otlet eingesetzten Direktoren in München kaum Deutsch sprechen.

27. Juli 1882 – Die Neugründung einer Münchner Trambahn-Aktiengesellschaft

München * Edouard Otlets Pferdebahn-Unternehmen agiert sehr erfolgreich und erwirtschaftet zwischen 1878 und 1882 jährlich einen Überschuss von 290.000 Mark, doch die Spannungen mit dem Magistrat haben sich verstärkt. Die Stadt München erzwingt die Auflösung der Brüsseler „Société Anonyme des Tramways de Munich“ und die Neugründung einer Münchner Trambahn-Aktiengesellschaft. Das geschieht unter der Beteiligung des Privatbankiers und Löwenbrauerei-Mitbesitzers Baron Wilhelm von Flick, der zuvor bei Pariser Banken Aktien des belgischen Unternehmens aufgekauft hat.

26. September 1887 – Emil Berliner erfindet die Schallplatte

USA * Der deutsch-amerikanische Erfinder Emil Berliner entwickelt die Schallplatte und das dazugehörige Grammophon. Er meldet er sein Patent in den USA an. Seine Erfindung löst die bis dahin übliche Walze ab und legt den Grundstein für die moderne Musikindustrie. Mit der Schallplatte wird Musik erstmals in großem Maßstab reproduzierbar und für ein breites Publikum



zugänglich.

31. Juli 1888 – Die Elefanten-Katastrophe

München * Zum Höhepunkt der Centenarfeier, dem drei Kilometer langen Festzug, formieren sich tausende Menschen und Tiere. Der „Künstler- und Handwerkerzug“ beginnt am Karlsplatz-Stachus, führt zum Marienplatz und von da durch die Dienerstraße zum Max-Joseph-Platz. Von hier aus bewegte er sich über den Odeonsplatz zum Siegestor, wo der Zug wendet, um auf der westlichen Straßenseite wieder zurück zur Briennerstraße zu gelangen, von wo aus der Weg weiter zum Königsplatz führen soll. Die Festzugsgruppe der „Kauf- und Handelsleute“ präsentiert sich dabei mit einem Wagen, zu dem acht indische Elefanten gehören. Diese entstammen einer Leihgabe des Zirkusdirektors Carl Hagenbeck. Beim Umzug durch die Ludwigstraße trotten die exotischen Tiere gelassen und brav einher. Als der Festzug jedoch am Siegestor eine Schleife macht, treffen die von Berbern berittenen Elefanten auf die als feuerspeienden Drachen dekorierte Straßenlokomotive in der Gruppe der Eisenindustrie. Die Elefanten erschrecken durch ein unachtsames Dampfablassen und von dem Rattern und Gezische des grotesken Vehikels derart, dass sie scheuten und wild trompetend davonrasen. Die aufgescheuchten Elefanten lösen wiederum eine Massenpanik unter den Besuchern aus. Den Anfang macht ein Elefantenbulle, der wild zu trompeten beginnt, durch die Ludwigstraße nach Norden trampelt und vor der Staatsbibliothek randaliert. Drei Tiere folgen ihm, Panik bricht aus, im Gedränge sterben Menschen. Die Zirkuswärter brauchen die Hilfe der schweren Reiterei, um die Elefanten zu bändigen. Vier weitere Elefanten nehmen in die entgegengesetzte Richtung Reißaus und verbreiten Angst und Schrecken. Im ungezügelten Galopp rennen sie über die Ludwig- in die Maximilianstraße, steuern den Hofgraben zu, wo sie an der Königlichen Münze das Hauptportal einrennen. Über den Alten Hof laufen sie weiter zum Viktualienmarkt und richten unter den Verkaufsständen verheerende Verwüstungen an. Ein Elefant soll sogar ins Hofbräuhaus gerannt sein, bei denen Münchner Wirtshausbrüder und Elefanten einander Rüssel an Nase begegnen. Ihr weiterer Weg führt zum Gärtnerplatztheater und von dort zur Auenstraße 46, wo sie sich im Hof einfangen und beruhigen lassen. Später bringt man einen an die Vorgänge erinnernden Gedenkstein an. Immerhin verlieren durch die „Elefanten-Katastrophe“ und der damit verbundenen Massenpanik zwei, nach anderer Quelle vier Menschen ihr Leben. Zudem verursacht sie 42 Verletzte.

1889 – Ein Konsortium baut und betreibt das Wasserkraftwerk Höllriegelskreuth

Höllriegelskreuth * Der Münchner Bauunternehmer Jakob Heilmann erbaut und betreibt in



Zusammenarbeit mit dem befreundeten Bankier Wilhelm von Finck, Mitinhaber des Bankhauses Merck, Finck & Co. und Johannes Kaempff, Vorstandsmitglied der Bank für Handel und Industrie, der späteren Danat-Bank, das achte deutsche Drehstrom-Kraftwerk Zentrale I, das später Wasserkraftwerk Höllriegelskreuth genannt werden wird. Es ist bis 1940 in Betrieb und wird dann durch einen Neubau ersetzt.

Oktober 1891 – Die Ludwigsbrücke wird erweitert und geschmückt

München * Die Ludwigsbrücke wird erweitert. Sie erhält plastischen Schmuck in Form von je zwei Pylonen, die die Allegorien der Fischerei, der Flößerei, der Industrie und der Kunst aufnehmen.

29. Oktober 1892 – Auch die steinerne Isarbrücke wird verbreitert

München * Die steinerne Innere Brücke erhält eine Breite von 18 Metern. An den Brückenenden werden Pylone errichtet, die mit allegorischen Figuren geschmückt waren. Auf der Auer Seite ist dies die Kunst und die Industrie. Auf der westlichen, zur Stadt hin ausgerichteten Seite befinden sich die Verkörperung der Floßfahrt und der Fischerei. Durch den Brückenschmuck wird der Flussübergang zu einer Einheit zusammengefasst. Auch der Name für beide Brücken ist nun gleich und wird nur durch die Innere für den Überweg der Großen Isar und der Äußeren über die Kleine Isar unterschieden. In beide Brücken wurden auf Wunsch des Königlichen Kriegsministeriums Sprengkammern eingebaut.

5. Dezember 1893 – Nur 19.292 Münchner haben das Wahlrecht für die Stadtratswahl

München * Kommunalwahl: Von den rund 380.800 Einwohner Münchens haben gerade einmal 19.292 das Wahlrecht für die Stadtratswahl. Die Wahlberechtigten setzen sich vor allem Haus- und Grundbesitzern, selbstständigen Handwerkern, Geschäftsleuten und Industriellen zusammen. Nur der darf wählen, der das (gebührenpflichtige) Bürgerrecht besitzt. Voraussetzung dafür sind unter anderem der Besitz des Heimatrechts, ein ständiger Wohnsitz in München, die Entrichtung von Steuern sowie Unbescholtenheit und Volljährigkeit. Tagelöhner, Handwerksgesellen, kleine Gewerbetreibende und Frauen sind vom politischen Leben nahezu ausgeschlossen. Trotzdem kann Georg Birk als erster Sozialdemokrat in das Gemeindegremium einziehen.



31. Oktober 1894 – Gründung der Isarwerke GmbH

München * Der Münchner Bauunternehmer Jakob Heilmann, Wilhelm von Finck, Mitinhaber des Bankhauses Merck, Finck & Co. und die Darmstädter Bank für Handel und Industrie gründen mit einem Stammkapital von 2 Millionen Goldmark die Isarwerke GmbH. Sie übernimmt den Betrieb des Drehstrom-Kraftwerks Zentrale I, das spätere Wasserkraftwerk Höllriegelskreuth, nachdem die Stadt München kein Interesse an diesem Projekt gezeigt hat. Die Isarwerke GmbH sind somit das erste regionale Elektrizitätsversorgungsunternehmen in Deutschland.

1895 – Die Schüleins übernehmen die Unionsbrauerei

München-Haidhausen * Joseph Schülein erwirbt gemeinsam mit seinen Brüdern Gustav und Julius Schülein, zusammen mit dem Ehemann ihrer Schwester Amalie, dem Nürnberger Hopfenhändler Josef Aischberg, den konkursreifen und stillgelegten „Gambrinusbräu“ an der Äußeren Wiener Straße, der heutigen Einsteinstraße. Mit dem Kauf legen die Unternehmer den Grundstein für den Wiederaufbau und die erfolgreiche Entwicklung des Brauereistandorts. Die Unionsbrauerei firmiert nun als „Unionsbrauerei Schülein & Compagnie“. Durch umfangreiche Investitionen und den konsequenten Ausbau entwickelt sich die Brauerei zu einem erfolgreichen und wirtschaftlich bedeutenden Braubetrieb. Nach den Erinnerungen von Werner Cahnmann, einem Neffen Joseph Schüleins, erfolgt die Übernahme ursprünglich, um eine festgefahrene Bankhypothek zu retten. Entscheidend für den späteren Erfolg sind jedoch weniger brautechnische Kenntnisse als vielmehr unternehmerisches Geschick sowie ein ausgeprägtes Verständnis wirtschaftlicher und industrieller Entwicklungen.

11. Juni 1898 – Der Prinzregent eröffnet die II. Kraft- und Arbeitsmaschinen-Ausstellung

München-Isarvorstadt * Am Samstag, dem 11. Juni 1898, eröffnet Prinzregent Luitpold die II. Kraft- und Arbeitsmaschinen-Ausstellung 1898 auf der Kohleninsel, die auch „zu etwas anderem gut sei als zu schmutzigen Schuppen, nächtlichem Aufenthalt lichtscheuen Gesindels und ab und zu einer verschwiegenden Mord- oder Gewalttat“. München ist damit Gastgeber eines der bedeutendsten technischen Ereignisse des ausgehenden 19. Jahrhunderts. Die Ausstellung ist als Leistungsschau konzipiert, die einem breiten Publikum die technischen Neuerungen, industriellen Errungenschaften und den Fortschritt der Maschinenbauindustrie zugänglich machen soll. Sie ist sowohl für Fachbesucher, als auch für die breite Öffentlichkeit zugänglich und stellt eine bedeutende Leistungspräsentation für moderne Technik und Industrie dieser Zeit dar. Dadurch wird sie zu einem Meilenstein für die Technik und zu einem Symbol des



technischen Fortschritts im Deutschen Kaiserreich. Als ein Spiegelbild der Industrialisierung und des Innovationsgeists der damaligen Zeit zieht die Ausstellung Ingenieure, Unternehmer, Wissenschaftler und Technikinteressierte aus ganz Europa an. Sie präsentiert die gesamte Bandbreite der modernen Maschinen und Arbeitsgeräte - von Dampfmaschinen und Elektromotoren über Werkzeugmaschinen bis hin zu landwirtschaftlichen und industriellen Maschinen. Viele der vorgestellten Maschinen finden rasch Eingang in den industriellen Alltag und tragen zur Steigerung der Produktivität und maßgeblich zur Entwicklung des Maschinenbaus im Deutschen Kaiserreich bei. Sie bietet zudem den heimischen Unternehmen die Gelegenheit, ihre Produkte international zu vermarkten und so die Exportwirtschaft zu stärken. Der Ausstellungsbau ist ein gewaltiges Gebäude im neoklassizistischen Stil mit einer imponierenden, säulengeschmückten Eingangshalle, einem 45 Meter hohen Rundturm, dessen Aussichtsgalerie über einen elektrischen Fahrstuhl erreicht werden kann, und weiteren Nebengebäuden. Zusammen mit der integrierten Isarkaserne stehen rund 4.000 Quadratmeter Ausstellungsfläche zur Verfügung. Architektonisch folgt man zwar den großen Vorbildern der Weltausstellungen, doch der schöne Schein ist trügerisch, denn die Bauten bestehen aus zusammengenagelten und weiß getünchten Brettern, die Säulen und der üppige Figureschmuck sind lediglich Gips und Stuck - und damit nur für eine begrenzte Dauer konzipiert. Im südlichen Teil der Insel erreicht man über einen Park das Hauptrestaurant. Dem gegenüber befindet sich das Automatenrestaurant, in dem man sich - eine absolute Neuheit für die Münchner - gegen Geldeinwurf verpflegen kann. Im Park gibt es außerdem eine große Gartenschau und täglich stattfindende Standkonzerte. Eine weitere Attraktion der II. Kraft- und Arbeitsmaschinen-Ausstellung ist die Wasserrutschbahn am östlichen Ufer der Kohleninsel. Für 20 Pfennige kann man von der Plattform eines Turmes - in 13 ½ Metern über dem Wasserspiegel und auf einer schiefen Ebene von 67 Metern Länge - in zwei, auf Schienen laufenden flachen, durch ihre eigene Schwerkraft angetriebenen Boote in die Isar hineinrutschen. Das Abenteuer ist völlig harmlos und ohne Gefahr, und ruft sowohl bei den Teilnehmern als auch bei den Zuschauern das „unbändigste“ Vergnügen hervor.

1899 – „... eine fast unausrottbare Abneigung gegen Lehmarbeit“

München * Die Tonindustrie-Zeitung stellt fest: „In den Alpenländern hat der Arbeiterstand eine fast unausrottbare Abneigung gegen Lehmarbeit, sodass es wirklich schwer fällt, einheimische Kräfte heranzuziehen.“

1902 – Kontroverse Diskussionen um die Hellabrunner Nietenfabrik



München-Giesing * Das Protokoll einer Sitzung des Münchner Magistrats macht deutlich, dass die Meinungen über die Nietenfabrikanlage von Johann Feßler in Hellabrunn so kontrovers wie zu Beginn der Planungen geführt wird. Die industriefreundlichen Befürworter betonen, die Fabrikanlage sei durch die Isarauen „dem Auge des Spaziergängers vollkommen entrückt“. Außerdem habe die Stadtverwaltung absolut keine Veranlassung, der Entwicklung des Gewerbes und der Industrie schädigende Hindernisse in den Weg zu legen, vielmehr habe sie alle Ursache, die Entwicklung der Industrie zu fördern. Der Gemeindebevollmächtigte Heller betont, er selbst sei Naturfreund „und mir ist auch ein schöner Baum lieber, als ein rauchender Kamin, aber Ausnahmen müssen in diesem Falle unbedingt bei einem so ehrenwerten Bürger Münchens gemacht werden“. Dagegen wendet der Gemeindebevollmächtigte Dr. Dürck ein: „Bürgerfreundlichkeit ist eine schöne Tugend, aber der Magistrat ist nicht bürgerfreundlich, der einem einzelnen Bürger zuliebe etwas geschehen lässt, was die Gesamtbürgerschaft auf endlose Zeit hinaus schädigt und belästigt.“ Es entwickelt sich ein Streit zwischen fundamentalistisch fortschrittsgläubigen und „grün-konservativen“ Stadträten.

Dezember 1904 – Bewahrung traditioneller Handwerkstechniken

München-Kreuzviertel * Der „Verein für Volkskunst und Volkskunde“ präsentiert im Rahmen des Christkindlmarkts im Hof des Künstlerhauses vor allem oberbayerische Handwerkskunst, darunter Arbeiten der Oberammergauer Schnitzer und der Berchtesgadener Schachtelmalers. Ziel ist es, traditionelle Handwerkstechniken zu bewahren und zu fördern - als bewusster Gegenpol zur industriellen Massenproduktion.

November 1910 – Das Ende des „Lustspielhauses“ und ein Neubeginn

München-Maxvorstadt * Das „Münchner Lustspielhaus“ in der Augustenstraße 89 gerät in wirtschaftliche Schwierigkeiten und stellt seinen Spielbetrieb im November 1910 ein. Das Gebäude geht anschließend in den Besitz der Industrie-Werke München-Nord über. Die Übernahme erfolgt dabei weniger aus kulturellem Interesse als vielmehr als Kapital- und Immobilieninvestition. Die neuen Eigentümer verpachten das Haus an den Juristen, Journalisten und Theaterunternehmer Eugen Robert, der die Bühne grundlegend neu ausrichtet. Mit seiner Übernahme beginnt ein neues Kapitel in der Geschichte des Hauses. Sie bildet den Ausgangspunkt für die spätere Gründung der Münchner Kammerspiele.

1911 – Die katholische Kirche verlegt Heiligenfeste und Patrozinien auf Sonntag



Königreich Bayern * Auf Drängen der bayerischen Industrie verlegt die katholische Kirche zwei Heiligenfeste und sämtliche Patrozinien der Kirchen- und Ortspatrone auf Sonntage; drei Marienfeiertage werden sogar ganz gestrichen.

20. Juni 1915 – Professoren und Intellektuelle verlangen eine neue Kriegszielpolitik

Berlin * In der sogenannten „Intellektuellen-Denkschrift“ verlangen zahlreiche Professoren und Intellektuelle - darunter 136 Bayern - eine Kriegszielpolitik, die dem Deutschen Reich Industriegebiete im Westen und Siedlungsland im Osten bringt.

25. Februar 1917 – Dem Reichskanzler wird Schwäche in der Kriegführung vorgeworfen

Berlin - Deutsches Reich * Deutsche Großindustrielle werfen Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg „Schwäche in der Kriegführung“ vor und fordern seinen Rücktritt.

31. März 1917 – Bayerische SPD gegen die drohende Parteispaltung

Nürnberg * Auf ihrer Landeskonzferenz in Nürnberg votiert die bayerische SPD gegen die Gründung von Sonderorganisationen, um den drohenden Bruch der Partei zu verhindern. „Wird der Kampf in der bisherigen Weise weitergeführt, so werden sich die Kräfte der Arbeiterschaft aufreiben, die Feinde der Arbeiterklassen werden freie Bahn bekommen und Steuern und Industrieorganisationen, Arbeitergesetzgebungen und politische Einrichtungen ihren Wünschen vollkommen anpassen.“

16. April 1917 – 319 Betriebe der deutschen Rüstungsindustrie treten in den Streik

Berlin * In Berlin treten 319 Betriebe der deutschen Rüstungsindustrie mit 300.000 Arbeitern in den Streik. Es geht um die mangelhafte Lebensmittelversorgung. Der Streik wird von den revolutionären Obleuten, oppositionellen Gewerkschaftsfunktionären, deren Kern die Metallarbeiter bilden, gegen den Willen der Gewerkschaften organisiert.

17. April 1917 – Zusätzliche Lebensmittelrationen versprochen



Berlin * Am zweiten Tag der Streiks beschließt die Vertreterkonferenz der Gewerkschaften, die Arbeit wieder aufzunehmen, nachdem die Regierungs- und Militärbehörden zusätzliche Lebensmittelrationen versprochen und die Zusage gegeben haben, dass niemand wegen der Teilnahme am Streik zum Militärdienst eingezogen werde. Es wird vereinbart, dass Vertreter der Arbeiter künftig bei der Verteilung der Nahrungsmittel mitwirken sollen. Ein Teil der Betriebe streikt weiter und wird daraufhin unter militärische Leitung gestellt.

18. April 1917 – Eine Verhaftungswelle beendet den Streik

Berlin - Leipzig * Eine Verhaftungswelle beendet den Streik. Zahlreiche Streikende werden zum Militärdienst eingezogen.

12. Dezember 1917 – Der Normenausschuss der Deutschen Industrie wird in Berlin gegründet

Berlin * Der Normenausschuss der Deutschen Industrie wird in Berlin gegründet. Er setzt die Deutsche Industrie Norm - DIN fest.

12. Januar 1918 – Ausgekämmte Frauenhaare für Treibriemen

Starnberg * Eine Kampagne des Roten Kreuzes lautet: „Sammelt ausgekämmtes Frauenhaar.“ Der Grund: Die Industrie braucht dieses für Treibriemen.

15. Januar 1918 – In Wien beginnen Rüstungsarbeiter einen Streik

Wien * Der in den Wiener-Neustädter Daimler-Motorenwerken am Tag zuvor begonnene Streik weitet sich zur politischen Massenstreikbewegung in fast allen Industriegebieten des Habsburger Reichs bis nach Prag und Budapest aus. Bis zum 25. Jänner 1918 werden über 700.000 Arbeiter in den Ausstand treten. Es kommt zur größten Streikaktion in der Geschichte des Landes. Die Streikenden fordern nicht mehr nur eine bessere Lebensmittelversorgung, sondern auch ein demokratisches Wahlrecht, die sofortige Beendigung des Krieges und einen raschen Friedensschluss ohne Annexionen in Brest-Litowsk. In Massenveranstaltungen werden Arbeiterräte - nach dem Vorbild der russischen Revolution - als ein konkretes Gegenmodell politischer Interessenvertretung gewählt. Noch am ersten Tag des Wiener Streiks formuliert der sozialdemokratische Parteivorstand Forderungen an die Regierung, die vom Arbeiterrat



akzeptiert werden.

4. Februar 1918 – 75.000 bayerische Arbeiter beteiligten sich am Januarstreik

Königreich Bayern * In den großen bayerischen Industriestädten München, Nürnberg, Fürth, Schweinfurt und Ludwigshafen haben sich zusammen etwa 75.000 Beschäftigte in den Rüstungsbetrieben an den „Januarstreiks“ beteiligt.

22. März 1918 – Streikleitungen als Schädlinge

München * Kriegsminister Philipp von Hellingrath äußert sich zu den Führern der Januarstreiks:

„Das arbeitsscheue und verbrecherische Gesindel, das besonders die Großstädte als Schlupfwinkel für sein lichtscheues Treiben wählt, bildet in Zeiten politischer Hochspannung oder wirtschaftlichen Kämpfe eine gesteigerte Gefahr für die Sicherheit des Reiches, denn diese Elemente beteiligen sich erfahrungsgemäß in erster Linie an Unruhen und aufrührerischen Umtrieben. Die Säuberung der Großstädte und Industriebezirke von derartigen ordnungsfeindlichen Elementen gewinnt daher für die Bekämpfung künftiger Unruhen besondere Bedeutung“. Von hier aus ist es nicht mehr weit zur unseligen Rhetorik der „Schädlingsbekämpfung“.

2. Oktober 1918 – Deutschland kann sehr wohl weiterkämpfen

Berlin * Der jüdische Industrielle Walther Rathenau erklärt in einem Zeitungsartikel, dass Deutschland sehr wohl in der Lage ist weiterzukämpfen. „Zu kämpfen um das was Not tut: den Frieden in Ehren.“

7. Oktober 1918 – Walther Rathenau verlangt eine allgemeine Volkserhebung

Berlin - Spa * Der jüdische Industrielle Walther Rathenau gibt in einem Artikel im Berliner Tageblatt zu bedenken, dass die mit Woodrow Wilson auszuhandelnde Waffenstillstands- und Friedensabkommen für die Deutschen bedeuten: eine Zahlung von bis zu 50 Milliarden Mark für den Wiederaufbau von Belgien und Nordfrankreich und den möglichen Verlust von Elsass, Lothringen und Danzig. Er fordert deshalb eine allgemeine Volkserhebung, um die unausweichlichen Waffenstillstandsverhandlungen aus einer Position der Stärke heraus zu



führen. Er fordert die Oberste Heeresleitung - OHL dazu auf, die deutschen Armeen hinter die nationalen Grenzen zurückzuziehen, um sie hier für einen neu motivierenden Verteidigungskrieg aufzustellen. Generalquartiermeister Erich Ludendorff und die Oberste Heeresleitung lehnen die Vorschläge als vollkommen unakzeptabel ab, da durch die Unzuverlässigkeit der Soldaten in der Heimat die Gefahr eines revolutionären Umsturzes nur noch vergrößert werden würde. Walther Rathenaus Thesen stoßen im Volk auf eine breite Resonanz. Er wird zum Wortführer derer, die die Meinung vertreten: Deutschland ist nicht besiegt und braucht deshalb keinen sofortigen Waffenstillstand. Der ultranationalistische und antisemitische Reichsbote und die alldeutsche Deutsche Zeitung vergessen kurzzeitig ihre traditionelle Abneigung gegen Juden und stellen sich hinter Rathenaus Argumentation.

25. Oktober 1918 – Die Worte Kaiserfrage und Revolution beschäftigen das Volk

Deutsches Reich * Spätestens seit der dritten Note des US-amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson vom 23. Oktober sind die Worte „Kaiserfrage“ und „Revolution“ in aller Munde. Viele Männer in verantwortlichen Positionen, einschließlich des Reichskanzlers Max von Baden und des Vorsitzenden der MSPD-Reichstagsfraktion Friedrich Ebert, sehen in dem Thronverzicht des Kaisers das einzige Mittel zur „Rettung der Monarchie“. Vizekanzler Friedrich von Payer berichtet: „Die allerwildesten Kaiserstürzler sind die rechts stehenden Leute. Die Herren der Hochfinanz und der Großindustrie, ja bis hoch in die Offizierskreise hinein kann man mit einer erstaunlichen Offenheit sagen hören: Der Kaiser muss sofort zurücktreten. [...] Je länger die Hetze fort dauert, desto stärker wird die Forderung hervortreten, dass man überhaupt keine Monarchie mehr brauchte, sondern eine Republik errichten sollte.“

9. November 1918 – Ein Tanzvergnügen am Totensonntag

Konstanz * In den Konstanzer Nachrichten erscheint ein Artikel, in dem es um ein Tanzvergnügen am gerade zurückliegenden Totensonntag in der Industriestadt Singen geht: „Im Nebenzimmer einer hiesigen Wirtschaft wurde am Sonntagabend ein Tanzvergnügen (!) durch die Schutzmannschaft gestört; etwa 40–50 Personen, unter ihnen halbwüchsige Burschen, Mädchen und sogar Kriegerfrauen, deren Männer im Felde stehen, tanzten nach den Weisen einer Ziehharmonika trotz dem Ernste der Zeit, trotz Krieg, Elend, Epidemie und was heute sonst noch die Menschheit heimsucht. Auch der Seelensonntag störte die saubere Gesellschaft nicht.“

15. November 1918 – Abkommen zwischen Gewerkschaft und Unternehmerverband



Berlin * Die Gewerkschaften sehen die Chance, endlich als Interessenvertretung der Arbeiterschaft in wirtschaftlichen Fragen anerkannt zu werden. In Zukunft sollen die Arbeitsbedingungen durch Tarifverträge geregelt werden, die zwischen den Unternehmerverbänden und den Gewerkschaften abgeschlossen werden. Die beiden Verhandlungsführer Hugo Stinnes, mächtiger Schwerindustrieller sowie Verhandlungsführer der Unternehmerseite, und Carl Legien, der Vorsitzende der Generalkommission der Freien Gewerkschaften, unterzeichnen ein weitreichendes, die genannten Punkte beinhaltendes Abkommen.

19. November 1918 – Die Einstellung der Rüstungsproduktion

München-Kreuzviertel * Die Frage der Entschädigung für zu entlassende Beschäftigte in der Rüstungsindustrie wird im Kabinett besprochen. Das Waffenstillstandsabkommen sieht die Einstellung der Rüstungsproduktion vor. Doch Munitionsfabriken und Werke für Metallerezeugnisse bilden in Bayern die während der Kriegszeit aufgebauten Hauptindustrien. Eine Umstellung auf Friedensproduktion verlangt in den Fabriken neue Maschinen und die Umschulung der Arbeiter.

29. November 1918 – Von der Verletzung der Abrüstungsbestimmungen

München * Auf der Kabinettsitzung wird über die Verletzung der Abrüstungsbestimmungen des Waffenstillstandsabkommens beraten. Dabei stellt sich heraus, dass die Stilllegung der Munitionsindustrie in München 8.000 Arbeiter erwerbslos machen würde. Es wird nichts unternommen, die Produktion wird noch bis Mitte Januar 1919 fortgesetzt. Die Räte protestieren nicht. Für Kurt Eisner ist es ein bedrückendes und moralisches Dilemma, denn es ist nicht nur ein Verstoß gegen das Waffenstillstandsabkommen, sondern auch eine stillschweigende Verleugnung eines Ziels der Revolution.

30. Dezember 1918 – Verstaatlichung nur für Grundstoffindustrien und für Kraftwerke

München * Vor einer Versammlung von Räte delegierten führt Kurt Eisner zum Thema Sozialisierung folgendes aus: „Sie wissen, ich bin der Meinung, dass wir heute die ganze Industrie auf einmal sozialisieren können. [...] Man kann politische Gewalten stürzen, man kann aber keine wirtschaftliche Organisation durch Revolution aufbauen“. Eisner schlägt deshalb eine Verstaatlichung nur für gewisse Grundstoffindustrien und für Kraftwerke vor.



13. Januar 1919 – Beschlüsse zur Sozialisierung des Kohlebergbaus bekräftigt

Essen * Eine Konferenz aller Arbeiter- und Soldatenräte des rheinisch-westfälischen Industriegebiets bekräftigen die am Tag zuvor gefassten Beschlüsse zur Sozialisierung des Kohlebergbaus.

17. Februar 1919 – Auch in Mitteldeutschland wird gestreikt

Mitteldeutschland * Im mitteldeutschen Industriegebiet beginnt ein Generalstreik, nachdem das Wolff'sche Telegraphenbüro meldete: „Kein Mitglied des Kabinetts denkt daran oder hat je daran gedacht, das Räte-System in irgendeiner Form, sei es in der Verfassung, sei es in dem Verwaltungsapparat, einzugliedern.“

1. März 1919 – Eine von Martin Segitz (SPD) geführte Regierung wird gebildet

München-Kreuzviertel * Nachdem am Tag zuvor beschlossen worden ist, dass die Einberufung des Landtags auf unbestimmte Zeit verschoben wird, bestimmt der Rätekongress am Nachmittag des 1. März die neuen Minister. Der gemäßigte (!) Mehrheitssozialdemokrat Martin Segitz wird Ministerpräsident und leitet zudem noch das Außen- und Innenministerium, Ernst Niekisch [SPD] ist zuständig für Unterricht und Kultus, Fritz Endres [SPD] für Justiz, Richard Scheid [SPD] für militärische Angelegenheiten, Joseph Simon [USPD] für Handel, Gewerbe und Industrie, Edgar Jaffé [USPD] für Finanzen, Hans Unterleitner [USPD] für soziale Angelegenheiten und Theodor Dirr [BBB] für Land- und Forstwirtschaft. Der parteilose Heinrich von Frauendorfer übernimmt das Verkehrsministerium. Nun müssen nur noch die betroffenen politischen Parteien ihren Mitgliedern die Annahme des Ministeramtes gestatten.

22. März 1919 – Die Frauen werden aus dem Beruf gedrängt

München * In den Münchner Neuesten Nachrichten erscheint unter der Rubrik „Von Frauen für Frauen“ ein Artikel, der mit „Platz für den Mann!“ überschrieben ist. Unter diesem Schlagwort werden die Frauen nun wieder aus den Berufen verdrängt, die sie während des Krieges ausgeübt haben, stellt die Verfasserin Thea Schneidhuber fest: „Die unzähligen Frauen aus all den verschiedenen Industrien haben den heimgekehrten Kriegern mehr oder minder bereitwillig ihren mit so viel Stolz und Selbstgefühl behaupteten Posten abtreten müssen“, schreibt sie. Ihnen sei zwar von vornherein klar gewesen, dass sie diese Rolle nur provisorisch eingenommen hätten,



gleichwohl sind vier Jahre genug gewesen, um auf den Geschmack zu kommen: „Jeder, der es erfahren hat - er sei Mann oder Weib - weiß die Freude am eigenen Erwerb zu verstehen, die umso größer ist, je notwendiger die Herbeischaffung der Mittel ist. Es kann die Tatsache nicht verkannt werden, dass zwei Drittel der Bevölkerung während der Kriegsjahre von der Frau ernährt worden sind, dass sie die Verdienlerin war, die ihre Familie erhielt, während der Mann seinen Kriegslohn in den meisten Fällen für sich aufbrauchte“. Und nun sollen die Frauen still abtreten und wieder den Männern die Bühne überlassen? Die Verfasserin räumt zwar ein, „die Pflichten der Hausfrau und Mutter“ seien der Frau „naturgemäß die liebsten und sie wird ihnen gern das Selbstgefühl opfern, das der eigenen Hände Arbeit ihr bescherte“. Aber das Selbstbewusstsein und den Anspruch auf Mitsprache will sie dennoch nicht aufgeben. Mit einem „erstaunlichen Maß an Gleichgültigkeit“ stünden gerade die radikalen Vertreter der neuen Ordnung den Frauen gegenüber, klagt sie. Gerade weil die Frauen darauf verzichtet hätten, sich zu einer alle Lager übergreifenden Frauenpartei zusammenzuschließen, stünden die Männer aller Parteien in der Pflicht, ihre Sache nicht nur „ohne Feindseligkeit zu betrachten, sondern nach Kräften zu unterstützen“.

30. März 1919 – Essen: Unbefristeten Generalstreik beschlossen

Essen * Die Schachtdelegiertenkonferenz beschließt in Essen einen unbefristeten Generalstreik. Die Forderungen sind ebenfalls politisch motiviert. Es geht um die Anerkennung der Arbeiter- und Soldatenräte, die sofortige Durchführung der Hamburger Punkte zur militärischen Kommandogewalt, die Einführung der Sechs-Stunden-Schicht und die Entwaffnung der Polizei im Industriegebiet und ganz Deutschland.

31. März 1919 – Über das Ruhrgebiet wird der Belagerungszustand verhängt

Weimar - Ruhrgebiet * Die Reichsregierung verhängt den Belagerungszustand über das vom Streik betroffene Gebiet. Kündigt den Einmarsch von Truppen an und schickt den SPD-Abgeordneten und Gewerkschaftssekretär Carl Severing als Staatskommissar ins Industriegebiet. In der Folge werden zahlreiche Streikführer verhaftet, um die Arbeitskämpfe zu unterlaufen und zu schwächen.

3. April 1919 – Das Ministerium für Handel, Industrie und Gewerbe wird gegründet

München * Das Ministerium für Handel, Industrie und Gewerbe wird gegründet.



13. April 1919 – Das Regierungsprogramm der Kommunistischen Räterepublik

München - Freistaat Bayern * Die Proklamation der Zweiten Räterepublik ist ein aussichtsloses Unterfangen, denn Münchens Isolation in Gesamtbayern ist noch weiter gestiegen und von außen ist keine Unterstützung zu erwarten, da die Reichsregierung Herr der militärischen Lage ist. Eine vage Hoffnung verbindet sich allenfalls mit Aufständen in Österreich. Eugen Leviné will ein revolutionäres Exempel statuieren, den „Massen Anschauungsunterricht geben, ihnen zeigen, wie eine Räterepublik aufgebaut wird“, und hofft, auch eine niedergeschlagene Räterepublik würde weitere Emanzipationsversuche herausfordern. Gegenüber ihrer Vorgängerin bemüht sich die kommunistische Räteregierung mit Hochdruck um die Verwirklichung der Diktatur des Proletariats. Ihr geht es nicht um die bloße Übernahme der Gewalt, sondern um die Zerschlagung des bestehenden Staatsapparates. Vorrang besitzt die Bildung eines eigenen Behördenapparates mit verschiedenen Kommissionen und die Schaffung einer Roten Armee. Zur Abwehr gegenrevolutionärer Putschvorhaben tritt bis zum 23. April ein Generalstreik in Kraft. Das gesamte Bankwesen wird unter der Leitung von Emil Maenner und Towia Axelrod nationalisiert, die Gewerbe- und Industriebetriebe vorerst nicht sozialisiert, aber der Kontrolle der Betriebsräte unterstellt. Mit drakonischen Strafandrohungen wird versucht, gegen Plünderer und „Revolutionsschmarotzer“ vorzugehen. Die bürgerliche Presse wird verboten. Während des Generalstreiks erschienen allein die kostenlos verteilten „Mitteilungen des Vollzugsrates der Betriebs- und Soldatenräte“. Trotz großer Anstrengungen bleiben auch die Herrschaftsorgane der Zweiten Räteregierung weitgehend ineffizient - es fehlt an zuverlässigen Kräften und der Zeitdruck ist groß.

31. Mai 1920 – Die Münchner Neuesten Nachrichten werden aufgekauft

München * Ein „Konsortium von Münchner und auswärtigen Vaterlandsfreunden“ kauft Bayerns einzige weltweit beachtete Tageszeitung auf: die Münchner Neuesten Nachrichten. Die Mehrheit hält die Gutehoffnungshütte. Sie will die Zeitung für die Propagierung ihrer Ziele benutzen und macht sie zu einem „Bollwerk für nationale Erneuerung gegen Sozialismus und republikanische Politik“. Das besondere Interesse der Redaktion gilt der Dolchstoß-Theorie, nach der das siegreiche deutsche Heer im Ersten Weltkrieg von den Umstürzern in der Heimat zur Kapitulation gezwungen worden sein soll. Diese „Schmach“ soll durch die Wiederaufrüstung getilgt und Deutschland zu einer Weltmacht gemacht werden. Finanziert durch die deutsche Schwerindustrie und einflussreiche politische Kreise spielen die Münchner Neuesten Nachrichten eine wichtige Rolle bei der Entstehung der rechtsradikalen „Ordnungszelle Bayern“. Professor Paul Nicolaus Cossmann wird politischer Leiter der Zeitung.



1922 – Die Konsumvereine produzierten billiger und sauberer

München-Au * Der Konsumverein München von 1864 erwirbt noch das Grundstück Auerfeldstraße 26. Dort entsteht eine Bäckerei mit Feinbäckerei und Nudelfabrikation. Mit der Verlegung sämtlicher zentraler Einrichtungen in die Auerfeldstraße gelang dem Konsumverein von 1864 nach der Jahrhundertwende zwar der Durchbruch, mit den Sendlingern kann er aber nicht mithalten. Die Genossenschaften gehen bald zur Eigenproduktion über. Im Fabrikgebäude in der Auerfeldstraße befinden sich eine eigene Bäckerei, eine Kaffeebrennerei und eine Dampfspalterei für Brennholz sowie das Hauptlager für die zahlreichen Filialen. In München stellte die Genossenschaft Brot her. Die meisten anderen Waren beziehen sie aus den Zweigwerken der Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine. Die Bäcker bekommen die Konkurrenz der Brotindustrie massiv zu spüren. Um ein ganzes Viertel unterbieten der Auer und der Sendlinger Konsumverein die Preise der Münchner Bäcker. Ihr Brot und ihre Semmeln vertreiben die Verbrauchergenossenschaften in Filialen in der ganzen Stadt. Doch die Konsumvereine produzierten nicht nur billiger, sondern auch noch sauberer als die kleinen Bäcker. Sie bieten ihren Beschäftigten außerdem höheren Lohn und bessere Arbeitsbedingungen. Dadurch entwickelten sich die Konsumvereine schnell zur Zielscheibe von Kleinhandel und Handwerk. Die Mittelständler fordern vom Gesetzgeber Maßnahmen, um die neuen Formen des Großhandels [hierzu gehören auch die Waren- bzw. die Kaufhäuser] an ihrem Siegeszug zu hindern.

29. Oktober 1929 – Der Schwarze Freitag ist ein Dienstag

USA * Der „Schwarze Freitag“ wird mit einem legendären Börsencrash in den USA in Verbindung gebracht, der durch eine Spekulationsblase ausgelöst wird. In den sogenannten Goldenen Zwanziger Jahren steigen die Aktienkurse ununterbrochen. Viele Anleger träumen vom großen Geld und nehmen sogar Kredite auf, um Aktien zu kaufen. Als dann die Aktien stagnieren bricht am Donnerstag, dem 24. Oktober eine Panik an der Wall Street aus. Der Handel bricht mehrmals zusammen. Das ist der Beginn einer Wirtschaftskrise, die alle Industrienationen betrifft. Massenarbeitslosigkeit und Deflation sind die Folge. Der Crash zieht sich über Tage hin. Am Dienstag, dem 29. Oktober versuchen viele Investoren gleichzeitig ihre Aktien zu verkaufen. Damit fällt der „Schwarze Freitag“ auf einen Dienstag, weshalb die Amerikaner auch vom „Black Thursday“ sprechen.

1931 – Den ersten Bugatti Royale kauft der Industrielle Armand Esders



Frankreich * Der Erste, der einen Bugatti Royale kauft, ist der französische Industrielle Armand Esders.

1. Juli 1931 – Cenovis erhält positive Bewertung für öffentliche Aufträge

Berlin - München * Die Berliner Industrie- und Handelskammer holt Auskünfte über die Cenovis-Werke ein, um deren Eignung für Lieferungen an Behörden zu prüfen. In der Antwort wird das Unternehmen als leistungsfähig und zuverlässig bewertet und ausdrücklich für öffentliche Aufträge empfohlen. Als Generaldirektor steht Dr. Julius Schüle in an der Spitze des Unternehmens, das eng mit der traditionsreichen Münchner Brauereifamilie Schüle verbunden ist.

3. April 1933 – Die Herkunft der Cenovis-Werke wird hinterfragt

Gießen - München * Die Universitäts-Klinik Gießen richtet eine Anfrage an die Industrie- und Handelskammer München und erkundigt sich, ob die Cenovis-Werke eine „christliche Firma“ seien. Die Anfrage steht im Zusammenhang mit den politischen und gesellschaftlichen Veränderungen nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten, als die Herkunft und religiöse Zugehörigkeit von Unternehmern und Unternehmen zunehmend Gegenstand von Nachfragen und Ausgrenzung werden.

7. April 1933 – Die IHK München nimmt zur Eigentümerstruktur der Cenovis Stellung

München * Die Industrie- und Handelskammer München beantwortet die Anfrage der Universitäts-Klinik Gießen zur Eigentümerstruktur der Cenovis-Werke. In ihrer Stellungnahme erklärt sie, dass sich das Kapital des Unternehmens sowohl in christlichen als auch in jüdischen Händen befinde. Die Korrespondenz verdeutlicht, wie bereits wenige Monate nach der nationalsozialistischen Machtübernahme die Herkunft und Religionszugehörigkeit von Unternehmern und Anteilseignern zum Gegenstand offizieller Anfragen werden.

16. April 1933 – Der „Protest der Richard-Wagner-Stadt München“ gegen Thomas Mann

München * Gegen den „Wagner-Vortrag“ Thomas Manns organisieren der Bayerische Staatsoperndirektor Prof. Hans Knappertsbusch und der Generalmusikdirektor Prof. Dr. Hans



Pfützner einen „Protest der Stadt München“. Dieser wird in den Münchner Neuesten Nachrichten abgedruckt und ist von den führenden Vertretern des künstlerischen Lebens Münchens unterzeichnet worden. Darunter der Präsident der Akademie der Bildenden Künste, Prof. Dr. German Bestelmeyer; der Bildhauer Bernhard Bleeker; Oberbürgermeister Karl Fiehler; der Akademieprofessor Olaf Gulbransson; der Generalintendant der Bayerischen Staatstheater, Clemens von Frankenstein; der Generalmusikdirektor Dr. Richard Strauß; der Präsident der Industrie- und Handelskammer Josef Pschorr und viele andere Honoratioren mehr. In dem Protestschreiben heißt es: „Nachdem die nationale Erhebung Deutschlands festes Gefüge angenommen hat, kann es nicht mehr als Ablenkung empfunden werden, wenn wir uns an die Öffentlichkeit wenden, um das Andenken an den großen deutschen Meister Richard Wagner vor Verunglimpfung zu schützen. Wir empfinden Wagner als musikalisch-dramatischen Ausdruck tiefsten deutschen Gefühls, das wir nicht durch ästhetisierenden Snobismus beleidigen lassen wollen, wie das mit so überheblicher Geschwollenheit in Richard-Wagner-Gedenkreden von Herrn Thomas Mann geschieht. [...] Wir lassen uns eine solche Herabsetzung unseres großen deutschen Musikgenies von keinem Menschen gefallen, ganz sicher aber nicht von Herrn Thomas Mann, [...]. Wer sich selbst als derart unzuverlässig und unsachverständig in seinen Werken offenbart, hat kein Recht auf Kritik wertbeständiger deutscher Geistesriesen.“ Thomas Mann wiederholt seinen Vortrag in Amsterdam, Brüssel und Paris. Doch nach dem „Protest der Richard-Wagner-Stadt München“ kann er nicht mehr in seine Heimatstadt zurückkehren.

23. September 1933 – Antrag auf Umbenennung der Schüleinstraße in Berg am Laim

München-Berg am Laim • Der NSDAP-Stadtrat W. Holzwarth stellt den Antrag auf Umbenennung der Schüleinstraße und des Schüleinsplatzes in Berg am Laim. In seiner Begründung gibt er an, dass der „Kommerzienrat Joseph Schülein keine besonderen Verdienste, weder in sozialer Hinsicht, noch um die Stadtgemeinde München im Besonderen, nachgewiesen werden können“ und aus diesem Grund „keine Veranlassung besteht, dass in einem nationalsozialistischen Staate eine Strasse und ein Platz nach einem Juden benannt werden. Schülein war Hauptaktionär und Aufsichtsrat-Vorsitzender der Löwenbrauerei und bei seinem nicht unbeträchtlichen Einkommen und grossem Vermögen, dürfte es wohl nicht als besonderes Verdienst anzurechnen sein, wenn er von diesen Geldern wieder einen kleinen Bruchteil der Allgemeinheit für bestimmte Zwecke zur Verfügung stellte. [...] Ausserdem hat meines Wissens gerade Schülein dafür gesorgt, dass der grösste Teil der Landbrauereien Bayerns [mehrere 1.000 Betriebe] durch die Löwenbrauerei aufgekauft wurden. Sämtliche aufgekauften Betriebe wurden sofort geschlossen, wodurch die in Bayern blühende Land-Bier-Industrie vollständig vernichtet wurde. Die daraus sowohl für die



einschlägige Industrie und das Handwerk, als auch für den Arbeitslosenmarkt entstandenen und zugefügten Schäden sind gar nicht zu übersehen.“ 23. September 1933: Antrag auf Umbenennung von Schüleinstraße und Schüleinplatz München-Berg am Laim * Der NSDAP-Stadtrat W. Holzwarth stellt den Antrag auf Umbenennung der Schüleinstraße und des Schüleinplatzes in Berg am Laim. In seiner Begründung gibt er an, dass der „Kommerzienrat Joseph Schülein keine besonderen Verdienste, weder in sozialer Hinsicht, noch um die Stadtgemeinde München im Besonderen, nachgewiesen werden können“ und aus diesem Grund „keine Veranlassung besteht, dass in einem nationalsozialistischen Staate eine Strasse und ein Platz nach einem Juden benannt werden. Schülein war Hauptaktionär und Aufsichtsrat-Vorsitzender der Löwenbrauerei und bei seinem nicht unbeträchtlichen Einkommen und grossem Vermögen, dürfte es wohl nicht als besonderes Verdienst anzurechnen sein, wenn er von diesen Geldern wieder einen kleinen Bruchteil der Allgemeinheit für bestimmte Zwecke zur Verfügung stellte. [...] Ausserdem hat meines Wissens gerade Schülein dafür gesorgt, dass der grösste Teil der Landbrauereien Bayerns [mehrere 1.000 Betriebe] durch die Löwenbrauerei aufgekauft wurden. Sämtliche aufgekauften Betriebe wurden sofort geschlossen, wodurch die in Bayern blühende Land-Bier-Industrie vollständig vernichtet wurde. Die daraus sowohl für die einschlägige Industrie und das Handwerk, als auch für den Arbeitslosenmarkt entstandenen und zugefügten Schäden sind gar nicht zu übersehen.“ Der Antrag steht im Zusammenhang mit der nationalsozialistischen Politik, jüdische Persönlichkeiten aus dem öffentlichen Leben und dem Stadtbild zu verdrängen. Er markiert einen weiteren Schritt der systematischen Ausgrenzung und Diskriminierung der Familie Schülein nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten.

2. Dezember 1935 – Die NSDAP erkundigt sich nach der Herkunft des Cenovis-Generaldirektors

München * Die NSDAP richtet eine Anfrage an die Industrie- und Handelskammer München und verlangt Auskunft darüber, ob der Generaldirektor der Cenovis-Werke als „arischer Abstammung“ gelte. Die Anfrage verdeutlicht die zunehmende Anwendung der nationalsozialistischen Rassenpolitik auf das Wirtschaftsleben und den wachsenden Druck auf Unternehmer und Führungskräfte jüdischer Herkunft.

22. Januar 1937 – IHK: Cenovis-Werke ist keine arische Firma

München-Au * Das Stammkapital der Cenovis-Werke beträgt 1,5 Millionen Reichsmark. Davon befinden sich Geschäftsanteile in Höhe von 815.000 RM in jüdischer Hand. Von den fünf Aufsichtsräten sind zwei Juden, von den zwei Vorsitzenden Einer. Die Industrie- und Handelskammer - IHK München stellt deshalb fest: „Bei dem Unternehmen kann daher sowohl



nach Besitz wie auch nach Führung nicht von einer arischen Firma gesprochen werden. Diese Tatsache schließt unseres Erachtens eine Berücksichtigung bei Heereslieferungen aus.“

10. Juni 1938 – Die Cenovis-Werke geraten unter zunehmenden politischen Druck

München * Die Industrie- und Handelskammer München fordert von den Cenovis-Werken, ihre Eigentümerstruktur bis zum 31. Juli 1938 entsprechend den Vorgaben des Reichswirtschaftsministeriums zu ändern. Andernfalls droht die Streichung aus dem Verzeichnis der als nichtjüdisch eingestuften Betriebe. Gleichzeitig verlangt die Hauptvereinigung der deutschen Brauwirtschaft den Nachweis, dass das Unternehmen als „arisch“ gelte. Bis zur Klärung dieser Frage verweigert der Branchenverband die Einlösung von Malzabholscheinen der Cenovis-Werke. Die Maßnahmen verdeutlichen den wachsenden wirtschaftlichen und politischen Druck, dem Unternehmen mit jüdischen Eigentümern im nationalsozialistischen Deutschland ausgesetzt sind.

13. Juli 1938 – Die Cenovis-Werke melden den Abschluss der „Arisierung“

München-Au * Die Cenovis-Werke teilen der Industrie- und Handelskammer München mit, dass sämtliche Geschäftsanteile in nichtjüdischen Besitz übergegangen seien. Das Unternehmen bezeichnet sich daraufhin als eine „rein arische“ Unternehmung und erfüllt damit die Vorgaben der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik. Die Erklärung dokumentiert den Abschluss der sogenannten „Arisierung“ des Unternehmens. Dr. Julius Schüle in gelingt es noch vor den Novemberpogromen 1938, in die Vereinigten Staaten zu emigrieren und sich der weiteren Verfolgung durch das NS-Regime zu entziehen.

19. März 1945 – Münchens Isarbrücken sollen gesprengt werden

Berlin * Reichskanzler Adolf Hitler befiehlt: „Alle militärischen, Verkehrs-, Nachrichten-, Industrie- und Versorgungsanlagen, die sich der Feind für die Fortsetzung seines Kampfes irgendwie sofort oder in absehbarer Zeit nutzbar machen kann, sind zu zerstören.“ Und weiter: „Entgegenstehende Weisungen sind ungültig.“ Für Gauleiter Paul Giesler ist nun der Zeitpunkt gekommen, alle Isarbrücken Münchens zu sprengen.



1. Juli 1948 – Der Auftrag für eine Verfassungsgebende Versammlung

Frankfurt am Main * Im Verwaltungsgebäude der I.G. Farbenindustrie in Frankfurt am Main, dem Sitz des US-amerikanischen Hauptquartiers, treffen sich auf Anweisung der drei Militärgouverneure der westlichen Siegermächte die elf westdeutschen Ministerpräsidenten. Ihnen wird - wie Befehlsempfänger - der Auftrag erteilt, bis zum 1. September 1948 eine „Verfassungsgebende Versammlung“ für die künftige Bundesrepublik Deutschland einzuberufen. Diese muss eine demokratische Verfassung ausarbeiten, die Garantien der individuellen Rechte und Freiheiten schafft.

2. Juli 1959 – Provisorisches Ludwig-II.-Denkmal am Friedensengel

München-Haidhausen * Zwischen dem 2. und 9. Juli 1959 wird auf Initiative des Vereins für die Wiedererrichtung eines Denkmals für König Ludwig II. von Bayern das von Fritz Behn geschaffene Gipsmodell des Königs probeweise in der mittleren Nische der Terrassenanlage unterhalb des Friedensengel aufgestellt. Das ursprüngliche Bronzedenkmal auf der Corneliusbrücke war im Zweiten Weltkrieg für Zwecke der Rüstungsindustrie eingeschmolzen worden. Die geplante Wiedererrichtung sieht eine Ausführung in feuervergoldeter Bronze vor. Die Planungen werden jedoch scheitern.

1962 – Die erste „Münchner Wehrkundetagung“

München-Maxvorstadt * Ewald-Heinrich von Kleist-Schmenzin lädt zur ersten „Münchner Wehrkundetagung“ in die Räume der Münchner Industrie- und Handelskammer - IHK ein.

16. Mai 1974 – Helmut Schmidt wird 5. Bundeskanzler der BRD

Bonn * Nach dem Rücktritt von Willy Brandt wird Helmut Schmidt [SPD] zum 5. Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland gewählt. Die größten Herausforderungen während seiner Amtszeit sind die weltweite Wirtschaftsrezession und die Ölkrisen der 1970er Jahre, die die Bundesrepublik unter seiner Führung besser überstand als die meisten anderen Industriestaaten.

Oktober 1982 – Die DWK verspricht Tausende Arbeitsplätze



Wackersdorf * Die Bayerische Braunkohlen-Industrie stellt den Braunkohleabbau bei Wackersdorf endgültig ein. Teile der ehemaligen Bergbauflächen und des überwiegend staatlichen Taxöldener Forstes stehen damit potenziell für ein Großprojekt zur Verfügung. Die Deutsche Gesellschaft für Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen (DWK) stellt für die Bauphase rund 3.000 Arbeitsplätze in Aussicht. Das zunächst veranschlagte Investitionsvolumen beträgt mehrere Milliarden D-Mark und steigt später auf etwa zehn Milliarden D-Mark.

22. Mai 1986 – Der Bayerische Rundfunk blendet den „Scheibenwischer“ aus

München * Nur wenige Tage nach den schweren Pfingstausschreitungen in Wackersdorf verweigert der Bayerische Rundfunk die Ausstrahlung einer atomkritischen Ausgabe der ARD-Kabarettssendung „Scheibenwischer“. Die Sendung unter der Leitung von Dieter Hildebrandt reagiert auf die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl und setzt sich satirisch mit Kernenergie, radioaktiver Belastung und der Informationspolitik der Behörden auseinander. Besondere Kritik der BR-Führung richtet sich gegen den von Lisa Fitz vorgetragenen Sketch „Der verstrahlte Großvater“. BR-Fernsehdirektor Helmut Oeller fordert zunächst vergeblich, die Ausgabe im gesamten ARD-Programm abzusetzen. Nachdem sich die übrigen Rundfunkanstalten weigern, koppelt der Bayerische Rundfunk sein Fernsehprogramm für die gesamte Dauer der Sendung aus dem ARD-Gemeinschaftsprogramm aus. Die „Scheibenwischer“-Ausgabe ist deshalb in Bayern nicht zu sehen. Die Entscheidung löst heftige Proteste aus. Zahlreiche Zuschauer beschwerten sich telefonisch beim Sender; zeitweise sind die Leitungen überlastet. Videokopien der Sendung werden in Bayern verbreitet und bei öffentlichen Veranstaltungen vorgeführt. Medien, Künstler und Oppositionspolitiker bewerten das Vorgehen als Zensur und werfen dem Bayerischen Rundfunk politische Rücksichtnahme auf die atomkraftfreundliche Staatsregierung vor. Der BR weist diesen Vorwurf zurück und begründet die Nichtausstrahlung mit Inhalt und Form der satirischen Beiträge. Der Vorgang verstärkt bei vielen WAA-Gegnern den Eindruck, dass nicht nur um ein Industrieprojekt, sondern auch um Meinungsfreiheit, unabhängige Berichterstattung und die demokratische Kontrolle staatlicher Entscheidungen gestritten wird.

6. Juni 1989 – Deutsch-französische Vereinbarung besiegelt das WAA-Aus

Bonn - Paris - La Hague * Bundesumweltminister Klaus Töpfer und der französische Industrieminister Roger Fauroux vereinbaren, abgebrannte Brennelemente aus deutschen Kernkraftwerken künftig in der französischen Wiederaufarbeitungsanlage La Hague behandeln zu lassen. Gleichzeitig erkennt die Bundesregierung die Wiederaufarbeitung im Ausland als gleichwertigen Entsorgungsnachweis an. Damit entfällt die rechtliche und energiepolitische



Begründung für eine eigene deutsche Wiederaufarbeitungsanlage. Sechs Tage nach dem Baustopp ist das Ende der WAA Wackersdorf nun auch bundespolitisch besiegelt.

2000 – Vom Bierfuizl zum Bierdeckel

München * Zu Beginn des 20. Jahrhunderts verbreitet sich in den Münchner Gaststätten der Untersetzer für Bierkrüge. Neu ist das „Bierfuizl“ allerdings nicht: Bereits im 19. Jahrhundert dienen etwa einen Zentimeter dicke Wollfilze als Unterlage. Von diesem Material leitet sich die bayerische Bezeichnung „Fuizl“ ab. Die saugfähigen Untersetzer fangen überlaufendes Bier und Kondenswasser auf und schützen dadurch Tischplatten und Tischdecken. Im Biergarten können sie außerdem auf den Krug gelegt werden, um das Getränk vor Laub und Insekten zu schützen. Die wiederverwendbaren Filze müssen regelmäßig gewaschen und anschließend in besonderen Gestellen getrocknet werden. Weil sie dennoch häufig feucht und unhygienisch bleiben, werden sie allmählich durch Untersetzer aus Holzschliffpappe ersetzt. Den Vorläufer des modernen Bierdeckels lässt sich Robert Sputh bereits 1892 patentieren. Seit 1903 werden saugfähige Untersetzer aus Holzschliff industriell hergestellt. Bedruckt mit Namen, Wappen und Werbesprüchen entwickeln sie sich zu einem beliebten Werbeträger der Brauereien. Zugleich dienen sie dem Schankpersonal als Strichliste für bestellte Speisen und Getränke – und den Gästen bisweilen als Spielgerät. Eine kleine Servicegeste bleibt bis heute erhalten: Aufmerksame Bedienungen stellen das Glas so ab, dass das Brauerei-Emblem dem Gast zugewandt ist.

1. Januar 2001 – Aus VIAG und dem VEBA-Konzern wird die E.ON-Energie AG

München-Maxvorstadt * Die VIAG, ursprünglich Vereinigte Industrieunternehmen AG, ist ein zuletzt in München ansässiger Holdingkonzern geworden. Bis Mitte der 1990er-Jahre war der aktive Sitz in Bonn und davor in Berlin. Im Jahr 2000 wird die VIAG mit dem ähnlich strukturierten VEBA-Konzern zur E.ON-Energie AG fusioniert.